

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chinesischen Postamt.

7. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 16. Oktober 1936.

Nr. 1856

Deutschland braucht Rohstoffe und Kolonien

Graf Schwerin von Krosigk über die nationalsozialistische Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Halle, den 15. Oktober (Transocean C.N.) Der deutsche Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk sprach hier am Mittwoch über „Die nationalsozialistische Finanz- und Wirtschaftspolitik“. In seiner bedeutsamen Ansprache sagte der Minister, dass das Problem der gerechten Verteilung der Rohstoffquellen der Welt wie auch das der internationalen Schuldenverwicklungen in Angriff genommen und gelöst werden müsse, wenn man gesunde wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen sicherstellen wolle.

Der Reichsminister betonte, dass die Entwicklung in Deutschland im Jahre 1936 günstig sei, wie es aus den statistischen Angaben über die Arbeitslosigkeit und das Steueraufkommen ersichtlich sei. Er führte das zurück auf die sorgfältige Organisation und Nutzung der gesamten Hilfsmittel auf wirtschaftlichem, finanziellem und politischem Gebiete und sagte dann, dass die grossen Pläne, die in Bearbeitung sind, insbesondere die Wiederaufrüstung, die Zusammenarbeit und die Wirtschaftlichkeit auf jedem Gebiete notwendig mache. Grosse Opfer, die wichtiger sind als die vielen Wünsche, die an sich vollkommen gerechtfertigt sind, sind notwendig, wenn die Schwierigkeiten überwunden werden sollen, welche der Mangel an Rohstoffen und die Devisenlage bieten. Der Vierjahresplan des Führers weist den Weg zur Lösung. Die Industrie kann und muss diesen Plan unterstützen, indem sie verhindert, dass die Nachfrage nach Gütern zu einer Preiserhöhung führt und indem sie für die genügende Zahl geierter Arbeiter durch Ausbildung von Lehrlingen sorgt.

„Wir können unseren Anspruch jedoch nicht aufgeben, dass die Weltmächte das Problem der

gerechten Verteilung der Rohstoffe in der Welt ehrlich in Angriff nehmen und lösen, erklärte der Reichsminister, „denn das ist auch der Schlüssel zur Lösung der Kolonialfrage“.

Ueber die Währungsverhandlungen der letzten Zeit sagte er: „Währungsmaßnahmen, die nicht zur Stabilisierung führen, sondern im Gegenteil die allgemeine Unsicherheit vergrössern, sind der wirtschaftlichen Erholung nicht dienlich“.

Baupläne in Berlin.

Berlin, den 14. Oktober (Transocean C.N.) Grosszügige Pläne zum Umbau eines grossen Teiles von Berlin, um aus der Stadt eine dem Reiche würdige Hauptstadt zu machen, wurden am Mittwoch früh bekannt, wobei die Ausführung unter der Leitung des Staatssekretärs Lippert, des jetzigen Oberbürgermeisters von Berlin stehen soll.

Die erste Ankündigung dieser grosszügigen Reihe von Umbauten machte der Reichskanzler in seiner Rede auf dem Nürnberger Parteitag im letzten Monate. Die Bauzeichnungen sind schon genehmigt worden.

Das Zentrum der Stadt soll eine harmonische Perspektive erhalten und sich in Schönheit und Würde neben anderen Hauptstädten in Europa sehen lassen können. Die Vorstädte, wo die industriellen Werke liegen, sollen „Luft erhalten“, wozu man hässliche Gebäude abreißen und den so gewonnenen Raum in Parkanlagen, Spielplätze und Gärten verwandeln soll.

Unter anderem soll auch die Spree von Industrieanlagen frei gemacht werden, schattige Wege sollen am Ufer des Flusses geschaffen werden, so dass Berlin „wirklich wieder an der Spree liegen“ wird. So weit es geht, sollen die Wohnungen der Arbeiter nahe am Wasser gebaut werden, die Fabriken aber sollen von dort, wo sie jetzt stehen, in weniger angenehme Gegenden versetzt werden.

sche Vorgehen nicht. Die kommunistische Unternehmung war ein solcher Misserfolg, dass es nicht gerechtfertigt sei, sie zum Anlass zu nehmen, Frankreich in Verlegenheit zu bringen, indem man dem Vorfall auch nur die geringste Wichtigkeit beimesse. „Petit Journal“ ist entrüstet über das Vorgehen des deutschen Geschäftsträgers, und bezeichnet es als eine „unerträgliche Einmischung“.

Italianische Presse über den deutschen Schritt.

Rom, den 14. Oktober (Transocean C.N.) Die hiesigen Zeitungen bringen die Nachrichten in grosser Aufmachung, dass die deutsche Regierung am Quai d'Orsay Protest gegen die Hetzrede erhoben hat, die der kommunistische Abgeordnete Thorez in Strassburg gehalten hat.

Der Berliner Berichterstatter des „Popolo di Roma“ hält die Entrüstung des deutschen Volkes für gerechtfertigt und zollt der würdigen Haltung der deutschen Presse Anerkennung, die, wenn sie auch ihrer Entrüstung in schärfsten Worten Ausdruck verleiht, sich doch beherrscht.

Der Pariser Berichterstatter „Messagero“ nennt das Vorgehen der Kommunisten eine „vorsätzliche Herausforderung“, deren Zweck es sei, die zwischen dem „kommunistischen Frankreich“ und dem Hitler-Deutschland vorhandenen Gegensätze zu verschärfen.

Der Pariser Berichterstatter „Popolo di Roma“ schreibt, dass der deutsche Protest in Frankreich einen tiefen Eindruck gemacht habe. Die vorsichtige Haltung, welche die französische Regierung an den Tag legt, ist ein weiterer Beweis dafür, dass der Quai d'Orsay tatsächlich zum Opfer der kommunistischen Hetze gegen Deutschland geworden ist. Die verletzte Art der kommunistischen Politik ist das genaue Gegenteil der Politik, welche der französische Aussenminister wohl einhalten möchte, aber infolge der planmässigen kommunistischen Störung nicht einhalten kann.

Streitigkeiten zwischen Kommunisten und Sozialisten in Frankreich

Paris, den 15. Oktober (Transocean C.N.) Es sind Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen Kommunisten und Sozialisten aufgetreten, die bereits zu gegenseitigen Beschuldigungen in der Presse geführt haben. Der Generalsekretär der sozialistischen Partei, Minister Paul Faure, liess einen Brief erscheinen, in dem er den Kommunisten nahelegte, sich bei ihrer Kritik der Regierung grössere Mässigung aufzuerlegen. Die Kommunisten sagten in ihrer Antwort darauf, dass sie mit Ueberraschung feststellen müssten, dass sich ein Organ der sozialistischen Partei zum Sprachrohr der Hetze gegen die Kommunisten mache. Schliesslich schlugen die Kommunisten eine Zusammenkunft beider Parteien vor, um zu erreichen, dass die „Taten endlich in eine Linie mit den Worten gebracht werden“.

Der deutsche Schritt in Paris

Das französische Kabinett über den deutschen Schritt

Paris, den 14. Oktober (Transocean C.N.) Wie es heisst, berichtete der Aussenminister M. Delbos im Kabinettsrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik M. Albert Lebrun am Montag abgehalten wurde, über den Schritt des deutschen Geschäftsträgers wegen der von Thorez in Strassburg gehaltenen Rede. Das Kabinett prüfte daraufhin den politischen Bericht über die Rede, um zu entscheiden, ob sie eine Untersuchung des Zwischenfalles rechtfertige.

Davon steht jedoch nichts in dem nach der Kabinettsitzung veröffentlichten Communiqué. Dort heisst es nur, dass der Aussenminister über die Vorfälle in Genf und den jetzigen Stand der internationalen Verhandlungen und der Innenminister M. Salengro über die Streiklage berichtet hätte.

Die Abendzeitungen schreiben, dass ein schnelles Vorgehen der Regierung zur Regelung der restlichen Streitigkeiten erwartet werden könne, da die Regierung wünsche, der Besetzung von Fabriken so schnell wie möglich durch einen Schiedsspruch, ohne die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, ein Ende zu machen.

Pariser Presse über den deutschen Schritt.

Paris, den 14. Oktober (Transocean C.N.) Die gesamte Pariser Presse erörtert heute morgen lebhaft den Schritt, den der deutsche Geschäftsträger am Quai d'Orsay am Montag wegen des gemeinen Angriffs auf den Führer und das deutsche Volk unternommen hat, den der kommunistische Abgeordnete Thorez am Sonntag in Strassburg in einer Rede gemacht hatte.

Der „Matin“ sagt, dass die deutsche Note sich absichtlich eines zurückhaltenden und höflichen Tones bedient, und ist der Ansicht, die der französischen Regierung erteilte Warnung müsse den leitenden Männern die Augen öffnen vor der Gefahr, die sie laufen, wenn sie den Moskauer Agenten erlauben, in Stalins Namen sich hetzerische Handlungen zu schulden kommen zu lassen, die zu den ernstesten diplomatischen Verwicklungen ja sogar zum Konflikt führen können. Die einzigen, die den Vorteil aus solchen Ereignissen ziehen können, seien nämlich nur die Führer der Dritten Internationale.

„Petit Parisien“ bemüht sich, die Verantwortung für diesen Vorfall abzulehnen, indem sie betont, dass Thorez der französischen Regierung nicht angehöre, und dass diese somit für seine Worte nicht verantwortlich gemacht werden könne.

„Excelsior“ schreibt, dass der Quai d'Orsay den Vorfall als erledigt betrachtet. „Journal“ veröffentlicht einen Bericht seines Berliner Berichterstatters und warnt seine Leser, den Ernst dieses Zwischenfalles nicht zu unterschätzen. Der Berichterstatter sagt, dass die Strassburger Rede von Thorez nicht ohne Folgen bleiben würde.

Das „Echo de Paris“ meint, die Fehler des Erstministers Blum rechtfertigen das deutsche diplomati-

Sozialdemokratische Partei in Danzig aufgelöst

Danziger sozialdemokratische Partei aufgelöst

Danzig, den 14. Oktober (Transocean C.N.) Der Danziger Polizeipräsident hat die sozialdemokratische Partei mit all ihren angeschlossenen Körperschaften aufgelöst. Dieser Beschluss soll sofort in Kraft kommen. Die Auflösungsverfügung fusst auf dem Paragraphen 2 des Gesetzes für Gesellschaften und dem Zuwiderhandeln gegen das Verbot des Waffenbesitzes und der Sabotage.

Amtliche Gründe zur Auflösung der sozialdemokratischen Partei Danzigs

Danzig, den 14. Oktober (Transocean C.N.) In einer Mitteilung über die Gründe zur Auflösung der Danziger Sozialdemokratischen Partei sagt der Polizeipräsident der Stadt, dass bei der kürzlich erfolgten Haussuchung in der Geschäftsstelle der „Danziger Volksstimme“, dem amtlichen Organ der Sozialdemokratischen Partei, eine Anzahl Waffen und Mengen von Munition entdeckt worden wären, die in den Briefordnern verborgen gewesen wären. Daraufhin wurde die Untersuchung gründlicher vorgenommen und förderte weitere Waffen und Munition in der Parteistelle zu Tage. Es stellte sich ferner heraus, dass zahlreiche Beamte der Partei im unrechtmässigen Besitze von Waffen waren.

Der Polizeipräsident betonte, dass die beschlagnahmten Waffen meistens Waffen aus dem Weltkrieg waren, deren Besitz in Privathand seit 1922 verboten war, sodass in diesem Falle eine doppelte Verstoss gegen die Gesetze vorliegt.

Im weiteren kam der Polizeipräsident auf die sozialistische Sportvereinigung zu sprechen, die ebenso als Unterorganisation aufgelöst worden ist, und sagte, dass der Name nur dazu diene, den wahren Zweck und die Tätigkeit der Gruppe zu verdecken, denn sie sei tatsächlich die Neubelebung des früheren, schon 1931 aufgelösten „Schutzbundes der Arbeit“. Die Vereinigung diene der Sozialdemokratischen Partei als Mittel bei ihren Versuchen, die Danziger Regierung an der Durchführung ihrer Massnahmen zu hindern.

Oberst Beck in Paris

Paris, den 14. Oktober (Transocean C.N.) Der polnische Aussenminister Oberst Beck traf hier heute von Monte Carlo ein und wurde auf dem Bahnhof von dem polnischen Gesandten und einem Vertreter des französischen Auswärtigen Amtes empfangen.

Obwohl der Besuch von Oberst Beck privater Natur ist oder höchstens halbamtlichen Charakter hat, meinen doch die Abendzeitungen, dass bei dem Frühstück, das der Aussenminister Delbos am Donnerstag ihm zu Ehren geben wird, und dem auch Erstminister M. Léon Blum beiwohnen wird, wichtige Besprechungen über die europäische Lage stattfinden werden und weiterhin die Frage des französisch-polnischen Zusammengehens, von dem bei dem anlässlich des kürzlich letzten Besuches des Generalinspektors der polnischen Armee, General Rydz-Smigly, in Paris erneut die Rede ging, in Erwägung gezogen werde. (Fortsetzung der Telegramme Seite 8)